



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

### **21. Sitzung des Kreistages am 18.12.2006**

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 22.12.2006  
Az.:

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauernfeind, Karl-Heinz

Baumgartner, Gabriele

Bauschmid, Friedrich

Becker, Manfred

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Borgo, Rudolf

Christofori, Erich

Els, Georg

Fischer, Franz

Fischer, Siegfried

Gäb, Bernd

Gotz, Maximilian

Grandinger, Johann

Grandinger, Simon

Hackl, Barbara

Hagl, Monika

Haindl, Sebastian



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Harrer, Jutta  
Hartl, Anni  
Heilmeier, Georg  
Hofstetter, Franz Josef

Huber, Martin  
Jell, Rosmarie  
Kellermann, Otto  
Knur, Herbert  
Krzizok, Heinrich  
Kubo, Reinhard Dr.  
Kuhn, Günther  
Lackner, Helmut  
Ließ, Inge  
Mayr, Elisabeth  
Mesner, Franz  
Mittermeier, Jakob  
Mock, Franz  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Reingruber, Karlheinz  
Reiter, Wolfgang  
Rieß, Georg  
Rott, Nikolaus  
Rötzer, Marianne  
Rübensaal, Siegfried  
Rudolf, Emil Dr. ab 15.45 Uhr  
Scharf-Gerlspeck, Ulrike  
Schlehuber, Anton  
Schmidt, Horst  
Schwimmer, Hans  
Schwimmer, Jakob  
Steinberger, Friedrich  
Sterr, Josef  
Stieglmeier, Helga  
Treffler, Stephan



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Vogelfänger, Cornelia  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans  
Zehetmair, Johann Dr. ab 14.35 Uhr

**sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

**von der Verwaltung:**

Wirth Harald  
Eixenberger Anton  
Helfer Helmut  
Preuße Ruth (TOP 2)  
Mayer Elfriede (Protokoll)  
Centner, Christina

Weiter nehmen teil:

Herr Ammer, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding (TOP 1)

## Tagesordnung

### **Öffentliche Sitzung**

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding - Bericht  
Vorlage: 2006/0085
2. Altenhilfeplan und 3. Fortschreibung des Pflegebedarfplans nach dem AGPflegeVG  
Vorlage: 2006/0066
3. Haushaltswesen  
Haushaltsberatung 2007  
Vorlage: 2006/0086
4. Bekanntgaben und Anfragen

1. **Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding**  
**Bericht**  
**Vorlage: 2006/0085**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding und bittet um den jährlichen Bericht.

**Herr Ammer** erklärt den an die Kreisausschussmitglieder versandten Vorlagebericht. Aufgabe der Gesellschaft sei es, für eine sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung zu sorgen. Zum Stand 31.12.2005 seien in Isen, Erding und Dorfen insgesamt 86 Wohnungen errichtet worden. Ein weiteres Objekt in Erding, Sigwolfstraße mit 45 Wohnungen sei am 30.09.2006 fertig gestellt worden. Von diesen Wohnungen seien bereits 36 vermietet. 107 Personen, darunter 44 Kinder, zwei Schwerstbehinderte und mehrere Behinderte haben ein neues Zuhause gefunden. Es seien noch neun Wohnungen (3-Zimmer-Wohnungen) frei. Die Mietpreise liegen deutlich unter den ortsüblichen Mieten. Er weist darauf hin, wenn in Gemeinden noch Wohnungsbedarf sei, könnte über das Landratsamt ein Antrag gestellt werden.

Weiter erklärt Herr Ammer, 2006 haben drei Gemeinden mit einem Anteil von 1,47 % der Gesellschafteranteile den Austritt aus der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft erklärt. Er sei mittlerweile mit den Herren Bürgermeisterern noch im Gespräch, ob sie den Gemeinderatsbeschluss nochmals überdenken und eventuell revidieren. Auch wenn diese Gemeinden austreten wird die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft ihren Geschäftszweck erfüllen können.

Weiter erklärt er, neben den Mieterträgen und Aufwendungszuschüssen des Landkreises Erding und der Reg. v. Obb stehen der Gesellschaft noch Zinserträge zur Verfügung. Im Berichtsjahr wird ein Jahresgewinn von 16.000 € ausgewiesen, der zur Deckung der Verluste aus dem Vorjahr verwendet wird.

Weiter erklärt er die Finanzierung der bisherigen Baumaßnahmen. Die Schlussabrechnung für das neue Bauvorhaben an der Karlsbader Straße sei noch nicht erstellt, die Gesamtkosten von 4,9 Mio € werden aber nicht überschritten. Gegenüber der ersten Planung im Jahr 2004 mit über 5,8 Mio € haben knapp 900.000 € eingespart werden können, obwohl entgegen der Planung der Boden ausgetauscht werden musste. Für den Bodenaustausch waren allein 200.000 € zu zahlen.

Für dieses Objekt wurden von der Reg. v. Obb 2.750.100 Mio € Zuschuss zugesagt. Die übrige Finanzierung der reinen Baukosten von 688.000 € werden im Rahmen es PPP-Modells vom beauftragten Generalunternehmen mit einer Laufzeit von 20 Jahren übernommen. Für die restlichen Kosten (Erschließung des Grundstücks, Baunebenkosten usw.) wird ein Bankdarlehen in Anspruch genommen. Er weist darauf hin, dass das Grundstück von der Stadt Erding kostenlos zur Verfügung gestellt worden ist. Deshalb wird es künftig möglich sein, einen Gewinn zu erwirtschaften.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Nachdem sich keine Wortmeldungen hierzu ergeben, bedankt sich **der Vorsitzende** bei Herrn Ammer für den Vortrag und bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0104-08

Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen.**

**2. Altenhilfeplan und 3. Fortschreibung des Pflegebedarfsplans nach dem AGPflegeVG**  
**Vorlage: 2006/0066**

**Der Vorsitzende** bittet Frau Preuße um Ausführung des Tagesordnungspunktes.

**Frau Preuße** erklärt, seit dem Jahr 2000 gibt es im Landkreis Erding den Altenhilfeplan. Damals habe der Kreistag beschlossen, dass der Altenhilfeplan alle zwei Jahre fortgeschrieben werden soll. Es liegt nun die 3. Fortschreibung vor. In der Sitzung vom 25.09.2006 habe sich der Kreisausschuss mit dem Thema befasst und den Inhalt des Altenhilfeplans mit der 3. Fortschreibung des Pflegebedarfsplans zur Kenntnis genommen.

Entsprechend dem Auftrag des Kreisausschusses habe die Verwaltung die Herstellung des Benehmens mit den Städten, Gemeinden, Pflegeeinrichtungen, den Arbeitsgemeinschaften in Bayern sowie dem Bezirk Oberbayern als überörtlichen Träger durchgeführt. Soweit eine Rückäußerung erfolgt ist, besteht mit der 3. Fortschreibung des Altenhilfeplanes allgemein Einverständnis. Sonstige Stellungnahmen waren nur redaktionellen Inhalts. Es seien zudem alle Vorschläge des Kreisausschusses und auch andere Vorschläge eingearbeitet worden. Diese redaktionellen Änderungen haben aber keine Auswirkungen auf die Bedarfsdeckung. Im Landkreis Erding sei der Bedarf an Pflegeplätzen gedeckt. Es besteht derzeit ein Überhang von 214 Betten.

**Kreisrätin Bendl** möchte auf Seite 51 wissen, nachdem auf den 4. Bayer. Landesplan für Altenhilfe Bezug genommen wird und danach ein Versorgungsgrad von 5,64 % der über 65jährigen Einwohner anzustreben sei, ob die Daten vom Landkreis weiter gemeldet werden, dass etwas zu ändern ist oder nur Anmerkungen geliefert werden.

**Frau Preuße** antwortet, der Altenhilfeplan wird an die Reg. v. Obb weitergeleitet.

**Kreisrat Kellermann** merkt an, im Altenhilfeplan geht es auch um die künftige Bedarfssituation. Der Altenhilfeplan sei eine detaillierte Aufstellung über die demografische Entwicklung und über die ambulanten Pflegeeinrichtungen im Landkreis.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Ihm liegt ein Thema seit Jahren auf dem Herzen, das sei der gerontopsychiatrische Bereich.

Mit der Aufstellung über die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2023 müsse mit einer deutlichen Zunahme dieses Personenkreises gerechnet werden, der beschützender Einrichtungen bedarf. Nach der Prognose wird die Zahl der Einwohner über 65 Jahre bis 2023 von 16.600 auf 25.700 Personen zunehmen.

Seite 60 sei zu lesen, dass in Deutschland die Zahl der Migranten, die über 60 Jahre alt sind bis 2030 auf 2,8 Millionen anwachsen. Auch hier kommen auf die Pflegeeinrichtungen nicht nur soziale, sondern auch ethnische, religiöse und kulturelle Probleme und ein zusätzlicher finanzieller Aufwandsbedarf zu. Der Landkreis müsse sich also auf einen höheren Bedarf einstellen. Bisher gibt es nur in Wernhartsberg 14 Plätze. Es sei lobenswert, dass bei der Villa Moosen 62 Plätze eingerichtet werden. Auch begrüßenswert sei, dass im Fischer`s Kreisaltenheim im Haus Katharina 12 Plätze geschaffen werden. Er denkt, gerade im Ballungsraum Erding und angesichts der Entwicklung in diesem Gebiet (Flughafennähe) seien 12 Plätze ein guter Anfang. Er möchte aber sehr appellieren, zu versuchen und aktiv zu werden, wenn es irgend möglich ist, mehr Plätze einzurichten.

**Der Vorsitzende** antwortet, diese Einrichtungen können nicht gezwungen werden, dass sie entsprechende Plätze vorhalten müssen. Jedoch seien in letzter Zeit mehrere Einrichtungen bereit, solche beschützende Plätze vorzuhalten. Er geht davon aus, wenn ein erhöhter Bedarf sich zeigt, werden auch entsprechende Plätze geschaffen werden.

**Kreisrat Bauernfeind** merkt zu den 12 Plätzen am Fischer`s Kreisaltenheim an, die Situation sei, wenn bereits Bewohner des Fischer`s Kreisaltenheims in diese Situation kommen, können die auch weiterhin dort bleiben. Das Personal wird bemüht sein, den erhöhten Aufwand mitzumachen. Die Zahl 12 sei also nicht so eng zu sehen.

**Kreisrätin Jell** verweist auf Seite 56, wonach die Anzahl der benötigten Heimplätze im Landkreis Erding in einer beschützenden Einrichtung 214 wären. Sie möchte wissen, ob darauf reagiert wird.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Landkreis sei nicht unmittelbar dafür zuständig. Insgesamt wird in den einzelnen Positionen nicht unterschieden, sondern nur der Gesamtbedarf in der Forstschreibung ermittelt. Dabei steht fest, dass insgesamt mehr Plätze zur Verfügung stehen, aber in einzelnen Bereichen noch Bedarf wäre. Der Verwaltung wurde von den Heimbetreibern mitgeteilt, dass die Anfragen nach bestimmten Plätzen nicht so hoch seien, wie die Umfrageergebnisse waren. Der Betreiber des Betreuungszentrums in Wernhartsberg habe mitgeteilt, wenn Bedarf wäre, könnten zusätzliche Gruppen eingerichtet werden. Bisher gibt es keine entsprechenden Zuweisungen vom BKH.

**Kreisrat Gotz** verweist auf die Tischvorlage, wonach es eine Rücklaufquote von 28 Prozent war. Eine wirklich aussagekräftige Umfrage sei das mit Sicherheit nicht.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er merkt weiter an, er sei bei der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung mit in der Verantwortung. Auch dort wird ernsthaft laufend überlegt, in welcher Art und Weise dieses Betreuungsangebot benötigt wird. Es sollte dabei schon überlegt werden, welche baulichen Investitionen und welcher personelle Aufwand parallel dazu sein muss.

**Frau Preuße** berichtet, wie aus den Zahlen zu sehen ist und wie die Praxis zeigt, werden auch Personen, die eigentlich schon in eine beschützende Einrichtung gehören würden, trotzdem in den Alten- und Pflegeheimen behalten. Das Personal und auch Bewohner, die selbst noch fit sind, achten darauf. Es werden nur ganz gravierende Fälle in eine beschützende Abteilung gegeben, die anderen leben unter den Bewohnern.

In der nächsten Zeit werde beobachtet werden können, inwieweit die beschützenden Plätze in der Villa Moosen ausgelastet sein werden. Sie denkt, dass für die nächsten Jahre genügend Plätze zur Verfügung stehen.

Es sei Sache der Heimbetreiber, ob eine beschützende Abteilung eingerichtet wird oder nicht. Das Ganze sei auch eine Sache der Vorhaltung von Personal, die Abteilungen müssen entsprechend umgebaut werden, usw.

**Der Vorsitzende** ergänzt, weil Kreisrätin Jell die Bedarfserhebung angesprochen hat, es wurden 200 Fragebögen an Betreuer, Ärzte, Psychiater, Heime, Städte, Gemeinden usw. versandt. Es kann dabei auch sein, dass für ein und dieselbe Person der Bedarf mehrfach angemeldet worden sei.

**Kreisrätin Stieglmeier** merkt an, das Datenmaterial sollte nicht zu den Akten gelegt werden, sondern die Zahlen in die Arbeit in den Ausschüssen einbezogen werden, z.B. im Strukturausschuss, im Bereich ÖPNV, welche Entscheidung habe welche Auswirkung auch für die alten Menschen im Landkreis.

**Der Vorsitzende** ergänzt, dies war auch ein Beweggrund, diese Seniorenmesse im Landratsamt stattfinden zu lassen, damit sich die Bevölkerung allgemein informieren kann.

Daraufhin bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0105-08

Der Altenhilfeplan und die aktualisierte 3. Fortschreibung des Pflegebedarfsplans für den Landkreis Erding werden entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen wird entsprechend der Bedarfsplanung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen.**

### **3. Haushaltsberatung 2007** **Vorlage: 2006/0086**

**Der Vorsitzende** erklärt, auch in diesem Haushaltsjahr seien die Ansätze sparsam veranschlagt und versucht worden, den Haushalt wirtschaftlich zu planen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Bereits im Vorfeld habe er mit den Fraktionsvorsitzenden in vier Gesprächsrunden diesen Haushaltsentwurf diskutiert.

**Der Vorsitzende** führt aus:

„Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt auf 89.482.000 Mio €, im Vermögenshaushalts beträgt die Summe 13.001.000 Mio €, ergibt ein Gesamthaushaltsvolumen von 102.483.000 Mio €

Das Volumen des Verwaltungshaushalts steigt um 3 %, gegenüber dem Vorjahr um 2.607.000 Mio €

Es gibt deutliche Verbesserungen bei den Einnahmen. Insbesondere durch die Steigerung der Umlagekraft mit 2,89 %. Damit erhält der Landkreis mehr Kreisumlage bei einem Hebesatz von 50,8 % um 741.243 €. Bei den Schlüsselzuweisung ergeben sich Mehreinnahmen von 856.772 €. D.h., sowohl die Umlagekraft als auch die Schlüsselzuweisung steigen.

Die Senkung der Bezirksumlage von 21,8 auf 19,8 % um 2 % ergibt eine Entlastung von 1.216.472 Mio €

Diese Einsparung wird unter anderem verbraucht durch Mehrkosten bei Hartz IV um 515.400 €, Mehrkosten bei der Sozialhilfe um 180.380 €, Mehrkosten bei der Grundsicherung von 99.500 €, höhere Zinsausgaben für Kredite mit 472.400 €, höhere Personalkosten von 381.950 €, Mehrkosten für den Bauunterhalt von 189.200 €, höhere Kosten für Heizung und Strom 124.950 €, weniger Erstattung vom Kreiskrankenhaus für die Personalverwaltung und Arbeitssicherheit von 106.800 €, mehr Zuführung an den Vermögenshaushalt gegenüber dem Vorjahr um 797.200 €

2006 war eine Zuführung von 2.702.000 Mio €, 2007 sei eine Zuführung von 3,5 Mio € geplant.

Zum Bauunterhalt merkt er an, die Anforderungen waren im Bauunterhalt für die kreiseigenen Gebäude und Schulen 2007 2.313.800 Mio €. Im Haushalt 2007 werden 1.271.000 Mio € zur Verfügung gestellt. Er denkt, mit dieser Summe könne vieles in den einzelnen Gebäuden saniert werden.

Die Personalkosten im Bereich des Landratsamtes und der Landkreisverwaltung steigen um 381.950 €, um 2,83 %.

Außerdem seien neu die Personalkosten für die Integrierte Leitstelle mit 685.450 € veranschlagt. Diese Kosten werden kostenneutral eingebucht.

Die Gesamtpersonalkosten belaufen sich mit der Integrierten Leitstelle auf 14.574.830 Mio €

Zum Bereich Schulen erklärt er, insgesamt wendet der Landkreis für den schulischen Bereich brutto 9.990.723 Mio € auf. Der Zuschussbedarf steigt um 560.569 € auf 6.458.149 Mio €. Dazu trägt hauptsächlich bei, dass der Bauunterhalt für diesen Bereich um 370.700 € gegenüber dem Vorjahr ansteigt. Der Zuschussbedarf für die Schülerbeförderung verrin-



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

gert sich um 59.300 € auf 968.700 € und das bei gestiegenen Schülerzahlen. Der Landkreis bekommt einen höheren Anteil von Seiten des Freistaates gefördert.

Die Heizungs-, Strom- und Reinigungskosten an den Schulen steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 122.000 €. Ursache sei neben den gestiegenen Energiekosten, die steigende Mehrwertsteuer und die Fertigstellung bzw. teilweise Fertigstellung der neuen Schulräume bei der Realschule Taufkirchen/Vils (Altes Rathaus) und beim Gymnasium Dorfen. Das bedeutet, dass es höhere Reinigungskosten und höhere Energiekosten geben wird.

Zum Büchergeld merkt der Vorsitzende an, mit diesem Vorschlag, den einzelnen Schulen genau den Betrag zur Verfügung zu stellen, was an Büchergeld eingenommen wird, sei die richtige Entscheidung getroffen worden. Zusätzlich wird der Anteil des Landkreises von 2 € je Schüler und die Zuweisung des Freistaates von 4 € je Schüler zur Verfügung gestellt. Bei den Berufsschulen beträgt das Büchergeld 20 € und bei den weiterführenden Schulen 40 € je Schüler, dazu kommt der Anteil des Landkreises und des Freistaates mit insgesamt 6 €.

Zum Kopiergeld merkt er an, wie schon im Schuljahr 2005/2006 werde auch im kommenden Schuljahr auf die Erhebung von Kopiergeld verzichtet. Mit dem Verzicht auf Kopiergeld entlastet der Landkreis die Schüler bzw. die Eltern jährlich mit 50.900 €.

Für die Sozialhilfe ohne Grundsicherung wendet der Landkreis netto 2007 2.412.858 Mio € auf. Der Zuschussbedarf für die Sozialhilfe ist damit gegenüber dem Vorjahr um 124.450 € gestiegen. Einer der Gründe für die Steigerung sind die zusätzlichen Kosten von 100.000 € für das ambulante betreute Wohnen in Algasing. Anträge für insgesamt 8 Personen liegen bereits vor.

Der Zuschussbedarf bei der Grundsicherung für Senioren und junge Erwerbsunfähige steigt um 99.500 € auf 973.000 €.

Für Hartz IV steigt der Zuschussbedarf gegenüber dem Haushalt 2006 um 529.100 €. Der Zuschussbedarf insgesamt für Hartz IV ist 4.958.550 Mio €. Für das Jahr 2007 musste der Ansatz für Unterkunft und Heizung von 6 Mio € auf 6,5 Mio € erhöht werden. Derzeit seien es 1660 Bedarfsfälle mit einem kalkulierten Satz von 325 €.

Die Erstattung des Bundes für Unterkunft und Heizung wurde von 29,1 % auf 31,2 % erhöht. Entsprechende Tischvorlagen seien verteilt worden.

Die Kosten der Jugendhilfe, Sachgebiet 23 und Sachgebiet 24 incl. Personal betragen brutto 9.318.665 Mio €. Der Zuschussbedarf fällt um 245.900 € auf 7.568.865 Mio €. Es ergeben sich Einsparungen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte mit minus 200.000 € und bei der Heimerziehung minus 151.000 €. Die Kosten für die Förderung der Kinder in Tagesstätten steigt um 70.000 € und für die Inobhutnahme um 50.000 €.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

Für den Unterhalt der 263 km Kreisstraßen wendet der Landkreis 2.154.870 Mio € auf. Der Zuschussbedarf beträgt 1.700.830 Mio € und steigt gegenüber dem Vorjahr um 89.900 €, vor allem durch den höheren Aufwand beim Winterdienst.

Der Haushalt kann im Bereich der Abfallwirtschaft 2007 mit 10.506.285 Mio € ausgeglichen werden. Die derzeitigen Gebühren seien für die Jahre 2005 bis 2007 kalkuliert. 2006 und vermutlich auch 2007 entstehen Gebührenüberschüsse, die in der Rücklage für Gebührenschwankungen eingestellt werden. Sie können dann wie vorgesehen zur Deckung der Kosten ab dem Jahr 2008 verwendet werden. Sollte hierbei eine Defizitsituation eintreten, müsste auch das mit in die neue Gebührenkalkulation einfließen. Er geht davon aus, dass Überschüsse eingeplant werden können, wenn die Bürger weiterhin so fleißig Müll trennen und aktiv das Ganze in der Abfallwirtschaft gestalten.

Er erinnert, ab 01.01.2007 wird es in der Abfallwirtschaft für die Entsorgung von Speisefett, Speiseöl und Schmalz den „Öli“ geben. Ein Unternehmer habe dies dem Landkreis zu günstigen Konditionen angeboten.

Für den ÖPNV ergibt sich eine Belastung des Landkreises im Zuschussbedarf von 1.620.930 Mio €. Der Zuschussbedarf steigt gegenüber dem Vorjahr um 203.600 €. Hauptursache sei, dass 2007 keine Rückzahlung für 2005 eingeplant werden kann, weil diese bereits im Dezember 2006 vereinnahmt worden ist.

Als einzige Einzelpläne bringen der Einzelplan 8 (Vermietete Gebäude) und der Einzelplan 9 (Allgemeines Finanzwesen) die Überschüsse, die zur Deckung des übrigen Haushalts dienen.

Der Überschuss aus Mieteinnahmen und Erbbauzinsen beträgt beim Einzelplan 8.288.040 Mio €. Eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 65.700 € wegen mehr Mieteinnahme am Dr. Ulrich Weg 3 und weniger Bauunterhalt.

Die größten Einnahmepositionen seien die Kreisumlage mit 50,8 % mit 44.552.334 Mio € und die Schlüsselzueisungen mit 9.568.760 Mio €.

Außerdem seien im Einzelplan 9 noch die Gebühreneinnahmen, die Grunderwerbsteuer, die allgemeinen Finanzaufwendungen usw. veranschlagt.

Das Kostenaufkommen (Gebühren und Auslagenersatz) ist 2007 mit 3.080.000 Mio € veranschlagt. Im Vorjahr wurde ein Haushaltsansatz von 3.450.000 Mio € gebildet. In diesem Betrag ist die Erstattung von Auslagen, z.B. im Baugenehmigungsverfahren, enthalten. Da die Auslagen gegenüber dem Vorjahr um 380.000 € reduziert wurden, steigen die tatsächlichen Gebühreneinnahmen um 10.000 € gegenüber dem Vorjahr.

Die Einnahmen aus dem Anteil der Grunderwerbsteuer wurden 2007 in Höhe von 1.780.000 Mio € veranschlagt. Im Vorjahr war den Ansatz 1.500.000 Mio €.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Auf der Ausgabenseite steht im Einzelplan 9 die Bezirksumlage mit 19,8 % in Höhe von 17.364.886 Mio €. Bei der Bezirksumlage habe der Landkreis infolge der bereits erwähnten Senkung des Hebesatzes von 21,8 % auf 18,8 % um 1.216.472 Mio € weniger zu zahlen.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt wurde von 2.702.800 Mio € auf 3.500.000 Mio €, um 797.200 € erhöht. Im Jahr 2006 wurde die Zuführung vereinbarungsgemäß um das Defizit von 202.800 € aus Hartz IV vom Vorjahr erhöht.

Von der Zuführung in Höhe von 3,5 Mio € verbleibt nach Abzug der Tilgungsausgaben für Kredite nur ein Betrag von 2.133.200 Mio €, der zur Finanzierung der investiven Ausgaben zur Verfügung steht.

2007 müssen für Zinsen 1.576.50 Mio € und für Tilgungen 1.366.800 Mio €, zusammen 2.943.300 Mio € aufgewendet werden.

Der Vermögenshaushalt umfasst 2007 13.001.000 Mio €. Die Maßnahmen seien einzeln mit der Finanzierung im Investitionsprogramm aufgelistet. Er erwähnt dabei die Errichtung der Integrierten Leitstelle mit Gesamtkosten von 1.960.000 Mio €. 2007 werden dafür Kosten von 1.180.000 Mio € eingeplant.

Für die Erweiterung der Realschule Taufkirchen /Vils (weiterer Umbau des alten Rathauses) seien 2007 Kosten von 259.000 € eingeplant.

Für die Erweiterung des Gymnasiums Dorfen sei 2007 für die erste Baurate eine Summe von 2.520.000 Mio € anzusetzen. Die Gesamtkosten werden 3.634.000 Mio € betragen.

Für das Berufliche Gymnasium FOS/BOS seien im Finanzplan 2007 bis 2009 ein geschätzter Betrag für die Baukosten von 2.800.000 Mio € eingestellt. Für den Grunderwerb und für die erste Baurate in 2007 seien jeweils 750.000 € veranschlagt worden. Er erinnert, erst vor kurzem sei das Schulentwicklungskonzept vorgestellt worden. Fazit war dabei, dass im Bereich der FOS/BOS Handlungsbedarf besteht. Bereits 2005 war aber für einen Neubau FOS/BOS ein entsprechender Merkposten eingeplant.

Für die Kreisstraßen betragen die Investitionsmittel brutto 1.551.795 Mio €.

Für Maßnahmen bei der Abfallbeseitigung seien 455.750 € bereitgestellt. 350.000 € für den Recyclinghof in Erding und 100.000 € für einen Bagger an der Deponie in Isen.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes musste eine Kreditaufnahme von 5.635.000 Mio € eingeplant werden.

Der Schuldenstand erhöht sich damit auf 40.981.740 Mio €, das seien je Einwohner 332,38 €. Der Landesdurchschnitt am 31.12.2004 war je Einwohner 239,- €. Ein aktuellerer Landesdurchschnitt sei noch nicht bekannt.



Für die Finanzplanung für die künftigen Jahre 2008 bis 2010 sei natürlich mit erheblichen Unsicherheiten sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zu rechnen. Der Finanzplan sei auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Daten in den Jahren 2008 mit 2010 ausgeglichen. Es wurde dabei jeweils eine Steigerung der Umlagekraft zugrunde gelegt.

Für die Jahre 2008 mit 2010 sei insgesamt nur eine Kreditaufnahme von rund 1.003.000 Mio € vorgesehen. Dabei sei die Erweiterung der Berufsschule (Berufliches Gymnasium FOS/BOS) berücksichtigt worden. Wenn allerdings größere Baumaßnahmen erforderlich werden sollten, wäre diese Summe nach oben zu korrigieren.

Die Beschlüsse der vorberatenden Ausschüsse, einschließlich des Kreis-ausschusses wurden einstimmig gefasst.

20.11.2006 Bauausschuss  
27.11.2006 Ausschuss für Kultur und Umwelt  
28.11.2006 Jugendhilfeausschuss  
04.12.2006 Strukturausschuss  
12.12.2006 Kreisausschuss.

Im Kreisausschuss wurden noch Änderungen beschlossen. Auch diese Änderungen seien als Tischvorlage ausgeteilt worden.

Die Beteiligungsquote des Bundes für Unterkunft und Heizung bei Hartz IV sei von 31,1 % auf 31,2 anzupassen %, das bedeutet Mehreinnahmen von 6.400 €.

Der Zweckverband Kommunale Schwangerenberatung für die Region München Nord/Ost habe die veranschlagte Umlage von 18.000 € auf 24.850 € erhöht, ergibt Mehrausgaben von 6.850 €.

Die Bezirksumlage sei im Haushaltsentwurf mit einem Hebesatz von 20,4 % berechnet worden. Der tatsächliche Hebesatz sei nunmehr 19,8 %, somit weniger Ausgaben um 526.116 €.

Die Kreisumlage wird mit einem Hebesatz von 50,8 % festgesetzt. Dies ergibt weniger Einnahmen gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf von 525.974 €.

Die Schlüsselzuweisungen waren im Haushaltsentwurf mit 9.623.000 Mio € eingeplant. Laut Bescheid sei dieser Ansatz nun auf 9.568.760 Mio € zu berichtigen. Das ergibt weniger Einnahmen um 54.240 €.

Der Anteil der Grunderwerbsteuer war im Haushaltsentwurf mit 1.727.000 Mio € veranschlagt. Der Anteil bei der Grunderwerbsteuer wird auf 1.780.000 Mio € angehoben.

Er bittet, die geänderten Seiten im Haushalt 2007 entsprechend einzuordnen.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende für die konstruktive Zusammenarbeit in den Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden. Es seien gute Ergebnisse erzielt worden.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Rübensaal** merkt an, er möchte für die Kollegen Anmerkungen machen, die bei der Geldbeschaffung nicht in der Verantwortung stehen. Er berichtet, seine Gemeinde habe im letzten Jahrzehnt aus dem Recht, Steuern und Abgaben zu erheben, 6,7 Mio € bei der Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Hundesteuer an Einnahmen erzielt. Die Gemeinde habe aber auch in der Zeit 7,7 Mio € Kreisumlage an den Landkreis gezahlt. Das passt irgendwie nicht mehr. Der Vorsitzende habe schon einige Punkte aufgeführt, die zu diesen explosionsartigen Steigerungen im Kreishaushalt geführt haben. Es sei schlimm, wenn eine Staatsaufgabe, z.B. die Grundsicherung, von den Kommunen ausgeübt werden muss und es sei noch schlimmer, wenn dabei 90 %, entgegen des Kanzlerwortes, der Landkreis draufzahlen muss. Es sei auch schlimm, wenn bei Hartz IV mit zweierlei Zahlen gerechnet wird. Es sei auch keine gute Entwicklung, wenn immer mehr Aufgaben nach unten delegiert werden (seelisch Behinderte usw.). Es passieren ständig Dinge, wo die Gemeinden seit Jahren sagen, es müsste der Kommunale Finanzausgleich neu geordnet werden und das findet einfach nicht statt. Die Schallgrenze von 50 %-Punkten Kreisumlage sei erreicht. Gott sei Dank gibt es eine rückläufige Entwicklung.

Das Fazit sei, er habe in der Fraktion nicht allen Mitgliedern vermitteln können, nachdem z.B. in einigen Gemeinden die Mindestzuführung nicht erreicht werden kann und der Landkreis anstatt der Mindestzuführung von 1,3 Mio € 3,5 Mio € zuführt. Das sei auch der Grund, warum die FW-Fraktion nicht geschlossen dem Haushalt 2007 zustimmt und nur die überwiegende Mehrheit zustimmen wird.

Er bedankt sich bei der Kämmerei, die sehr umfassend Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt hat. Sein Dank gilt auch den Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Kreisrat Schmidt** merkt an, nachdem der Haushalt 2007 in mehreren Vorbesprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden vorberaten und letzten Dienstag im Kreisausschuss einstimmig beschlossen worden ist, sei es nicht verwunderlich, dass die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushalt zustimmen wird.

Die zwei wichtigsten Ergebnisse seien die Senkung der Kreisumlage und der Einstieg in den Schuldenabbau des Landkreises.

Auch wenn es wünschenswert gewesen wäre, dass die Kreisumlage zugunsten der Gemeinden noch mehr gesenkt worden wäre, sollte es das Ziel sein, wieder an die 50 % Punkte zu kommen.

Wenn er sich vergegenwärtigt, dass der Landkreis 1990 einen Schuldenstand von 25,34 € je Einwohner hatte, im Jahr 2000 72,25 € und 2010 es 305,48 € sein werden, so sei das eine dramatische Entwicklung.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Natürlich müssen die Investitionen und Vermögenswerte des Landkreises dagegen gerechnet werden. Im Bildungsbereich seien gezielt Investitionen und wichtige Maßnahmen geschaffen worden. Es muss aber jedem nachvollziehbar sein, wenn von 2002 bis 2006 sich der Schuldenstand pro Einwohner verdreifacht hat, von 97,26 € auf 297,96 €.

Er hätte auch gerne noch eine Erklärung, warum die Vermögenswerte der landkreiseigenen Gebäude innerhalb eines Jahres von 289 Mio € auf 123 Mio € geschrumpft sind.

Er erklärt, der vorgelegte Haushalt präsentiert die Rechnung. Im Laufe des Jahres werden die Kreisräte noch über die einzelne Verteilung weiterhin konstruktiv beraten müssen. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass sich der Landkreis in den nächsten Jahren mehr als bisher um Präventionsmaßnahmen im Bereich der Schulen, der Suchtprävention, Schuldnerberatung usw., gerade im Jugendhilfebereich, kümmern müsse.

Erst letztes Jahr habe die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass über neue Schulhausbauten erst entschieden werden soll, wenn genaue Zahlen über die Schulentwicklung vorliegen. Das Gutachten der Fachhochschule Erding stellt zwar für den Landkreis ein gutes Zeugnis aus und stellt fest, dass der Landkreis keine gravierenden Fehler gemacht hat. Trotzdem wird die Raumnot in einzelnen Schulen weiter anhalten und den Landkreis noch einige Jahre beschäftigen. Die Erweiterung des Gymnasiums Dorfen kommt zwar spät, aber nicht zu spät. Es sei nicht möglich, wie im Schulentwicklungskonzept vorgeschlagen wird, dass Schüler aus anderen Landkreisen, insbesondere aus dem Landkreis Mühldorf a. Inn, abgewiesen werden und gleichzeitig unsere Schüler im Zuge einer merkwürdigen Schülerplanwirtschaft an andere Landkreise weitergeleitet werden. Es müssen sicher die Zahlen an den vorhandenen Gymnasien noch stärker überprüft und auf Veränderungen der Schullandschaft reagiert werden. Insofern sei das Gutachten ein guter Schritt, aber auch mit Vorsicht zu genießen, umso mehr als dort keine Aussagen über mögliche neue Schulformen gemacht worden sind. Wenn dann heute in der Süddeutschen Zeitung auf der Bayernseite zu lesen sei, dass möglicherweise in einem CSU-Konzept über ganz andere Formen der Schulsysteme nachgedacht wird, dass die Hauptschulen den weiterführenden Schulen zugeordnet werden sollen, so wird es sich möglicherweise zeigen, wie diese Prognosen sind.

Sollte es zu Änderungen bei den Hauptschulen kommen oder auch zu mehr Ganztagesklassen und Ganztageseschulen im Bereich der Realschulen und Gymnasium, was die SPD-Fraktion für notwendig hält, werde es ebenfalls gravierende Änderungen geben. Die SPD-Fraktion steht prinzipiell zum Beruflichen Gymnasium. Dennoch sollten sich die Kreistagsmitglieder darüber klar werden, dass eine endgültige Entscheidung im Kreistag noch nicht gefällt worden ist.

Vielleicht sollte vorab, bevor über ein Berufliches Gymnasium endgültig eine Entscheidung getroffen wird, mit dem Ministerium darüber gesprochen werden, ob die FOS/BOS in das bestehende Gymnasium integriert werden könnte oder vielleicht eine neue integrierte Schulform als Experimentierschule in Erding erprobt werden könnte. Eine neue Schulform aus



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Realschule, Gymnasium und FOS/BOS als integrierte Oberstufe. All dieses wären noch Möglichkeiten, die Auswirkungen auf die Finanzsituation des Landkreises haben.

Er denkt, im schulischen Bereich müsse die Situation an der Herzog-Tassilo-Realschule Erding schnellstens bearbeitet werden. Im Bereich der Gymnasien habe die SPD-Fraktion in Gesprächen immer wieder auf die offensichtlich faktische Ungleichbehandlung hingewiesen.

Auch dieses Jahr habe sich die SPD-Fraktion wieder die Mühe gemacht, die Ausgaben des Landkreises für die drei Gymnasien zu untersuchen. Es seien die Haushaltsstellen 5711, 5753, 5270 und 9356. Hier gibt der Landkreis für das Gymnasium in Dorfen pro Schüler 51,58 € aus, beim Anne-Frank-Gymnasium 74,42 € und im Gymnasium II in Erding 87,47 €. Nachdem die Ausgaben für die Schulen von den Schulleitern beantragt worden sind, muss der Landkreis darauf achten, dass im Haushalt 2008 diese Ansätze abgeklärt werden.

Intensiver als in diesem Jahr sollte sich die Verwaltung mit den Reinigungs- und Stromkosten beschäftigen, weil diese zum Teil massiv gestiegen sind.

Auch wenn das Problem der Schülerbeförderungskosten nicht konkret den Haushalt betrifft, sollten diese insbesondere für die Finsinger und Neuchinger Schüler geklärt werden. Es sei den Eltern schlichtweg nicht zumutbar, wenn der Schulleiter verklagt wird, damit die Schülerbeförderungskosten übernommen werden. Die SPD-Fraktion bittet, wie der Vorsitzende zugesagt hat, dass er für die Eltern eine vernünftige Lösung finden wird.

Die SPD-Fraktion und auch seine persönliche Erwartung, dass die Bundesregierung und in der Nachfolge die Große Koalition und der Freistaat eine Regelung im Bereich der Grundsicherung und bei Hartz IV treffen, und den Landkreis nicht übermäßig belastet, wird sich nicht erfüllen.

Im Landkreis nimmt die Armut und soziale Bedürftigkeit zu. Vielleicht sollte der Landkreis auch eine Art Armutsbericht anfertigen, um so einen Überblick über die soziale Schieflage zu bekommen. Die Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe ohne Grundsicherung sei im Vergleich zum Jahr 2004 von ca. 10 Mio auf 6,8 Mio € gesunken, aber der Landkreiszuschuss insgesamt doch zusammen von 5,4 Mio € auf 8,34 Mio € gestiegen.

Einig seien sich die Kreistagsmitglieder im Kampf gegen die 3. Start- und Landebahn. Hier sollten sich alle, jeder in seinem Bereich dafür einsetzen, dass diese 3. Start- und Landebahn nicht gebaut wird.

Was der Landkreis eventuell durch einen Nachtragshaushalt noch voranbringen müsse sei, dass die Nordumfahrung Erding als Kreisstraße gebaut wird. Der Freistaat habe zumindest schon angekündigt, 70 % der Kosten zu übernehmen. Es sollte mit den Planungen begonnen werden, um konkrete Fortschritte erzielen zu können.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Kreisrat Schmidt bedankt sich beim Vorsitzenden, bei den Kollegen und Fraktionssprechern für die Zusammenarbeit. Weiter bedankt er sich bei den Mitarbeitern der Kämmerei und besonders dem neuen Kämmerer für die Vorbereitung des Haushalts und die Unterstützung bei den Beratungen. Er wünscht eine gute Hand bei der Umsetzung des Haushaltes 2007.

**Der Vorsitzende** merkt an, bezüglich der Schülerbeförderung der Finsinger und Neuchinger Schüler werden im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelung die Kosten übernommen. Die Bürgermeister versuchen, eine Bedienungsform im Rahmen der 20 %-Regelung zu schaffen. Weitere Zusagen wurden nicht gemacht.

Zur Nordumfahrung Erding erklärt er, im Haushalt 2007 werden dafür noch keine Mittel benötigt werden. Als Erstes müssen dafür die Planungen und der Grunderwerb erfolgen. Dazu sei sicher ein Planfeststellungsbeschluss notwendig, weil der freiwillige Grunderwerb nicht möglich sein wird. Planung und Grunderwerb werden sicher nicht so schnell umzusetzen sein. Zudem müsse noch abgeklärt werden, wie die Bereitschaft der weiteren Beteiligten und deren Haushalt dies ermöglicht.

**Herr Eixenberger** erklärt zur Anfrage von Kreisrat Schmidt, auf Seite 73 im grünen Band des Haushaltsentwurfs muss der Wortlaut in der Spalte „Wert zum 01.01.2006“ berichtigt werden. Die richtige Formulierung heißt: „Versicherungswert zum 01.01.2006“.

**Kreisrat Reiter** merkt an, die Vorgänger haben bereits wesentliche Punkte angesprochen. Die ÖDP-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen. Er möchte noch über Dinge aufmerksam machen, die ihm bei der Durchsicht aufgefallen sind.

Es geht dabei um die explosionsartige Zunahme bei den Energiekosten. Er habe für die landkreiseigenen Schulen einen Vergleich gemacht, was 2005 tatsächlich an Energiekosten aufgewendet worden ist und was in den Ansätzen veranschlagt war. Es fällt eine dramatische Zunahme auf, auch dort, wo es z.B. keine Erweiterung des Schulgebäudes gegeben hat.

Zum Beispiel hat die Herzog-Tassilo-Realschule Erding einen um 22 % höheren Ansatz, die Realschule Taufkirchen/Vils einen 103 % höheren Ansatz, das Anne-Frank-Gymnasium einen 50 % höheren Ansatz, das Gymnasium Erding II eine Zunahme von 36 %, das Gymnasium Dorfen eine Zunahme von 56 %, die Berufsschule Erding eine Zunahme um 95 % und die Förderschule eine Zunahme um 57 %.

Im Durchschnitt ergeben sich Mehrkosten bei den Heizkosten im Vergleich zu 2005 um rund 62 %.

Seine Frage sei, warum die Kostensteigerung so hoch sei. Es gibt Möglichkeiten, wie Heizkostensteigerungen vermieden werden könnten.

**Der Vorsitzende** erinnert, dass z.B. an der Herzog-Tassilo-Realschule in Erding vier zusätzliche Klassencontainer aufgestellt worden sind, usw.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Zudem machen sich die Mehrwertsteuererhöhung und die deutliche Steigerung bei den Energiekosten bemerkbar.

Er erinnert, alle größeren landkreiseigenen Gebäude in Erding seien mittlerweile an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen. Seit dem Jahr 2000 werde eine Energieverbrauchsverfolgung durchgeführt. Zudem habe das Landratsamt eine Zertifizierung durch Ökoprotiv bekommen. Mehr sei nicht möglich.

**Kreisrätin Stieglmeier** bedankt sich bei der Kämmerei. Die Fraktionsbesprechungen habe sie konstruktiv erlebt und bedankt sich auch bei den Kollegen dafür. Wenn sie vor Augen hat, dass in diesen Besprechungen keine Entscheidungen getroffen werden und der Entscheidung des Kreistages nicht vorgegriffen wird und der Kreistag nicht ruhig gestellt werden soll, seien die Gespräche und Informationen positiv.

Die Weitergabe der 0,6 %-Punkte an die Gemeinden aufgrund der Senkung der Bezirkumlage trägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, aber im Hinblick auf das Ziel, bei die Kreisumlage wieder unter 50 % zu kommen.

Sie vermisst konkrete Vorschläge, wo eingespart werden könnte. Das heißt, dass bei Neuinvestitionen bereits darauf geachtet werden sollte, welche laufenden Unterhaltskosten damit auf den Landkreis zukommen. Allein die Energiekosten für die landkreiseigenen Gebäude belaufen sich auf ca. 1 Mio €.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen denkt, dass angesichts von Neubaumaßnahmen die Weichen für die Nachhaltigkeit früh gestellt werden müssen und dabei nicht nur an die Einsparungen finanzieller Art, sondern auch an die Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß angesichts des nicht mehr vermeidbaren Klimawandels gedacht werden muss.

Leider sei der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, die Ausschreibung für den Strombezug auf regenerative Energie, abgelehnt worden. Dies wäre ein Beitrag des Landkreises gewesen, dem Klimawandel entgegenzuwirken.

*Bündnis 90/Die Grünen beantragen:*

1. Baumaßnahmen des Landkreises werden nur noch in Passivbauweise ausgeschrieben.

(Hinweis: Bei der Montessori-Schule hatte der Bauträger die Auflage gestellt, dass Passivbauweise nicht teurer als konventionelle Bauweise sein darf - und diese Auflage wurde erfüllt!)

2. Alle landkreiseigenen Gebäude werden nach Kriterien eines Gebäudepasses untersucht und geeignete Dämmmaßnahmen werden ausgeführt.

(Beispiel: Fa. Haindl)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Weiter merkt Kreisrätin Stieglmeier an, für den reinen Unterhalt der Kreisstraßen werden jährlich 1.700.830 Mio € ausgegeben. Das bedeutet, 1 km Kreisstraße kostet jährlich ohne Sanierung 6.467 €.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen denkt, dass bei neuen Forderungen, z.B. dem Bau der Nordumfahrung Erding auch die Folgekosten genau zu betrachten sind.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen es, dass die freiwilligen Leistungen dieses Jahr nicht gekürzt worden sind. Diese Einrichtungen leisten im Landkreis Erding eine wertvolle und unverzichtbare Arbeit und seien an ihren finanziellen Grenzen angekommen und können keine weiteren Kürzungen verkraften.

Das bedeutet, dass im kommenden Jahr Schwerpunkte zu setzen seien und sich der Landkreis vielleicht von einigen Automatismen, wie dieses Jahr bei der Wohnbauförderung, und alten Traditionen lösen müsse.

Auch im Schulbereich gibt es keine Entwarnung. Das Schulentwicklungskonzept habe dem Landkreis bescheinigt, dass alles Bestens sei. Die Zahlen müssen aber genau betrachtet und hinterfragt werden. Es fehlt z.B. bei der Berechnung der benötigten Klassenräume die Kollegstufe an den Gymnasien. Eventuell kommen in dem Bereich weitere Kosten auf den Landkreis zu.

Wie bereits im Strukturausschuss stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den **Antrag**:

Die Haushaltsmittel für das Regionalmarketing in Höhe von 40.000 € werden gestrichen.

Sie merkt an, die Partner und das vorgelegte Konzept überzeugen nicht.

Insgesamt stimmen Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt 2007 zu.

**Kreisrat Becker** merkt an, es sei schon alles von den Vorrednern gesagt worden und er kann vielen Dingen zustimmen. Einiges sollte aber noch zurecht gerückt werden:

Zur Aussage von Kreisrat Rübensaal merkt er an, der Landkreis habe den Unterhalt für die landkreiseigenen Schulen über die Kreisumlage aufzubringen. Der Landkreis habe viele Aufgaben auch für die Gemeinden zu bewältigen.

Zur Äußerung von Kreisrat Schmidt merkt er an und gibt zu bedenken, den 41 Mio € Schulden stehen 335 Mio € an Vermögen aus Gebäuden und Grundstücken gegenüber.

Zur FOS/BOS merkt er an, er würde froh darüber sein, wenn die Entscheidung für ein Berufliches Gymnasium schnell, 2008/2009, kommen würde. Er würde nicht auf ein neues Schulexperiment abstellen. Unabhängig da-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

von braucht die FOS/BOS einen Neubau, der bereits im vorigen Jahr im Investitionsplan schon dokumentiert worden sei.

Zur Nordumfahrung Erding merkt er an, es muss die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden. Es gibt leider Gutachten, die aussagen, dass nur 8 % oder 9 % aus dem Osten zum Flughafen fahren.

Zu den Anträgen von Kreisrätin Stieglmeier merkt er an, diese müssen den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden.

Büro des Landrats  
BL

Kreisrat Becker bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und im nächsten Jahr, im Wahljahr, eine gute Zusammenarbeit.

**Kreisrat Els** betont, „in dieses hohe Lied der Begeisterung kann er nicht einstimmen.“ Der vorgelegte Entwurf, die Vorredner und der Zeitungsbericht am vergangenen Mittwoch nötigen ihn, etwas zu sagen. Die Senkung der Kreisumlage habe den Anschein, dass die Gemeinden ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk erhalten.

Der Landkreis schenkt den Gemeinden nichts, hat und wird den Gemeinden nichts schenken. Dazu sei er auch nicht verpflichtet. Im Gegenteil, die Gemeinden geben und finanzieren den Landkreis. Der Zeitungsbericht sei irreführend.

Die Ausgangslage war für eine Senkung der Kreisumlage extrem gut. Es gibt eine gestiegene Steuerkraft und eine Senkung der Bezirksumlage.

Er denkt, der Landkreis und die Gemeinden seien eine Solidargemeinschaft und darunter versteht er, dass auf die Partner eingegangen wird. Wenn aber 1,4 Mio € Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt ausreichen würden und der Landkreis 3,5 Mio € zuführt und viele Gemeinden die Mindestzuführung nicht mehr erfüllen können, versteht er diese Vorgehensweise nicht. Seine Gemeinde Forstern gehört auch dazu und müsse im kommenden Jahr eine um 160.000 € höhere Kreisumlage zahlen. Wenn der Hebesatz um 0,6 % Punkte auf 50,8 % Punkte gesenkt wird und dann mehr an Kreisumlage gezahlt werden muss, sei das keine Perspektive.

Er kann dem Haushalt deshalb nicht zustimmen.

Weiter merkt er zum Beruflichen Gymnasium an, der Standort und die Frage der Finanzierung seien wichtig. Wenn diese Einrichtung zur Berufsschule kommen würde, wäre es sinnvoll, auch mit den Gemeinden darüber zu sprechen.

Trotz der Missstimmung wünscht er ein frohes Weihnachtsfest und dass man sich vielleicht Gedanken macht, ob der Hebesatz nicht auf 50 % hätte gesenkt werden können. Eine Senkung nach %-Punkten sei keine wirkliche Senkung.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** gibt Kreisrat Els Recht, dass trotz Senkung der Kreisumlage auf 50,8 %-Punkte die Gemeinde Forstern 160.000 € mehr an Kreisumlage zu zahlen habe.

Er stellt aber auch fest, dass die Zuführung der Gemeinde 2005 zum Vermögenshaushalt mit 276.000 € geplant war und tatsächlich 460.000 € durchgeführt werden konnten. Er weiß, dass in einigen Gemeinden die Haushaltssituation schwierig sei.

Der Vorsitzende erklärt weiter, Kreisrätin Stieglmeier habe drei Anträge gestellt.

Nach einvernehmlicher Rücksprache sichert der Vorsitzende zu, dass der 1. und 2. Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses behandelt werden.

Im Weiteren bringt der den 3. Antrag zur Abstimmung:

„Die Haushaltsmittel für das Regionalmarketing in Höhe von 40.000 € werden gestrichen.“

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 49 : 7 Stimmen.**

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0106-08

1. Das Investitionsprogramm wird festgestellt.
2. Der Finanzplan 2006 – 2010 wird genehmigt.
3. Der Stellenplan 2007 wird genehmigt.
4. Die Kreisumlage wird mit einem Umlagesatz von **50,8 %** festgesetzt.
5. Der Haushaltsplan 2007 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2007 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 54 : 3 Stimmen.**  
(Gegenstimme: KR Els, KR Kellermann, KR Huber)

#### **4. Bekanntgaben und Anfragen**

**Kreisrätin Bendl** merkt an, nach ihrer Information war am 13.12.2006 eine Sitzung des Bayer. Landkreistages bezüglich der Neuordnung der Sozialhilfe. Sie fragt, wie sich der Bayer. Landkreistag entschieden hat.

**Der Vorsitzende** antwortet, seines Wissens habe das Präsidium des Bayer. Landkreistages getagt. Die Meinung der oberbayerischen Landkreise sei einstimmig, dass die Hilfe zur Pflege zu den Aufgaben der Landkreise kommt und die ambulante Eingliederungshilfe 2008 in die Zuständigkeit der Bezirke wechseln soll.

Lediglich einzelne Landräte, die eine Funktion im Bezirk haben, haben sich gegen diesen Zuständigkeitswechsel ausgesprochen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben wünscht der Vorsitzende allen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches Neues Jahr.

Er beendet die Sitzung des Kreistages um 15:50 Uhr.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte